

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Tressel, Stefan Gelbhaar, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/27875 –

Mobilität in ländlichen Räumen verbessern

A. Problem

Die Antragstellenden haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie darauf hinweisen, dass die Mobilität gerade in ländlichen Regionen von entscheidender Bedeutung sei, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle zu garantieren. Während in den Städten neue Mobilitätsdienste entstünden und das Angebot an Bussen und Bahnen ausgebaut werde, habe in vielen ländlichen Regionen über lange Zeit ein Rückzug der öffentlichen Hand stattgefunden. Im ländlichen Raum verfestige sich die Abhängigkeit vom klimaschädlichen Autoverkehr. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung daher nach dem Willen der Antragstellenden unter anderem auffordern, gemeinsam mit den Ländern durch eine Mobilitätsgarantie allen Menschen Zugang zu einem attraktiven und verlässlichen Nahverkehrsangebot zu ermöglichen, mit dem Mobilpass ein bundesweites Ticketsystem einzuführen, den Schienenpersonenverkehr in ländlichen Räumen durch ein Programm zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken zu stärken, den Deutschlandtakt zügig einzuführen und den Rad- und Fußverkehr im ländlichen Raum zu verbessern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27875 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Cem Özdemir
Vorsitzender

Torsten Schweiger
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Torsten Schweiger

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27875** in seiner 234. Sitzung am 11. Juni 2021 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss Digitale Agenda und den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragstellenden haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie darauf hinweisen, dass die Mobilität gerade in ländlichen Regionen von entscheidender Bedeutung sei, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle zu garantieren. Während in den Städten neue Mobilitätsdienste entstünden und das Angebot an Bussen und Bahnen ausgebaut werde, habe in vielen ländlichen Regionen über lange Zeit ein Rückzug der öffentlichen Hand stattgefunden. Im ländlichen Raum verfestige sich die Abhängigkeit vom klimaschädlichen Autoverkehr. Auf regionaler Ebene führe der Verlust an öffentlicher Infrastruktur (ÖPNV) zu einem Verlust von Attraktivität der Region. Diese Kreisläufe müssten durchbrochen werden. Dafür müsse der Bund mehr Verantwortung für die Mobilitätsverhältnisse in strukturschwachen Regionen übernehmen. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung daher nach dem Willen der Antragstellenden unter anderem auffordern, gemeinsam mit den Ländern durch eine Mobilitätsgarantie allen Menschen Zugang zu einem attraktiven und verlässlichen Nahverkehrsangebot zu ermöglichen, mit dem Mobilpass ein bundesweites Ticketsystem einzuführen, den Schienenpersonenverkehr in ländlichen Räumen durch ein Programm zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken zu stärken, den Deutschlandtakt zügig einzuführen und den Rad- und Fußverkehr im ländlichen Raum zu verbessern, unter anderem durch Erhöhung der Bundesmittel. Ferner sollen nach dem Willen der Antragstellenden Sharing-Angebote im ländlichen Raum gefördert, die Elektromobilität unterstützt und der Ausbau von Mobilitätsstationen gefördert werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/27875 in seiner 162. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat Antrag auf Drucksache 19/27875 in seiner 90. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat Antrag auf Drucksache 19/27875 in seiner 73. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat Antrag auf Drucksache 19/27875 in seiner 84. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat Antrag auf Drucksache 19/27875 in seiner 82. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat Antrag auf Drucksache 19/27875 in seiner 116. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bezeichnete den Antrag als ein Sammelsurium verschiedener Ansätze. Diese hätten grundsätzlich ihre Berechtigung, weswegen sie aber auch bereits konsequent durch das BMVI gefördert und umgesetzt würden. Zu nennen wäre zum Beispiel die ÖPNV-Strategie des BMVI: Die Bereitstellung eines attraktiven öffentlichen Personennahverkehrsangebotes sei die Aufgabe von Ländern und Kommunen. Der Bund unterstütze dabei in erheblichem Maß und habe die Mittel aus dem Regionalisierungs- und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz aufgestockt. Das BMVI erarbeite unter Einbindung der Länder, Kommunen, Verbände und Verkehrsunternehmen die strategischen Leitlinien für den ÖPNV und formuliere Handlungsempfehlungen bis 2030. Die Bundesregierung unterstütze die im Antrag geforderte Reaktivierung von Eisenbahnstrecken. Für die Finanzierung der Investitionen stünden bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zur Verfügung. Die Erwartung, dass mindestens 3.000 Bahnkilometer Strecke wieder reaktiviert werden könnten, sei aber sehr unrealistisch. Andere Punkte des Antrags befänden sich inhaltlich schon in der Umsetzung.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, die im Antrag genannte Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge habe in der Realität eine Entsprechung unter der Bezeichnung „Regionale Wirtschaftsstruktur“. Die Ausführungen zum Mobilpass könne sie akzeptieren. Die geforderte Erhöhung der Mittel für Radwege an Fernstraßen um 280 Mio. Euro sei unrealistisch, wenn man diese Ausgabe als jährlichen Betrag verstehe. Trotz Zustimmung bzw. Wohlwollen gegenüber einer Reihe von Punkten lehne sie den Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, der Antrag greife ein wichtiges Thema auf, liefere aber die falschen Lösungsstrategien. In den ländlichen Räumen wohnten oft ältere und einkommensschwächere Personen; gut ausgebildete junge Menschen ziehe es in die Groß- und Metropolstädte. Ortschaften, die mehr als eine Stunde von der nächsten größeren Stadt entfernt lägen, seien auch für Pendler nicht mehr attraktiv. Das einzige kostengünstige effiziente Transportmittel für die dort lebenden Personen sei der verbrennungsmotorische Pkw. Ein Umschwung auf die E-Mobilität, wie in dem Antrag gefordert, schließe diese Bevölkerungsgruppen praktisch vom Autokauf aus. Forderungen nach einem massiven Ausbau des ÖPNV, der Reaktivierung von Schienen oder dem Ausbau von Sharing-Angeboten gingen an der Lebenswirklichkeit vorbei und verschwendeten Steuermittel, die sinnvoller für einen bedarfsgerechten Ausbau des Straßennetzes genutzt werden sollten. Der Ausbau von Radwegen neben Landstraßen sei sinnvoll, da er Freizeitsportler anspreche und die Lebensqualität im ländlichen Raum steigere.

Die **Fraktion der FDP** verwies auf ihre Ausführungen im Plenum des Deutschen Bundestages im Rahmen der Ersten Lesung des vorliegenden Antrags. Es gebe darin gute Ansätze, aber der Antrag gehe in vielen Punkten an der Lebenswirklichkeit der Menschen im ländlichen Raum vorbei, weshalb sie ihn ablehne.

Die **Fraktion DIE LINKE**. betonte, sie wolle erreichen, dass der öffentliche Nahverkehr bis 2030 verdoppelt werde. Niemand solle mehr auf ein eigenes Auto angewiesen sein, was im ländlichen Raum eine große Herausforderung darstelle. Sie wolle einen öffentlichen Verkehr mit einer Mobilitätsgarantie und einem Stundentakt zwischen 6 Uhr und 22.00 Uhr, der barrierefrei und bezahlbar sein müsse. Würde man auf dem Land pro Kopf dieselbe Summe für den ÖPNV ausgeben wie in den Städten, hätte man bereits ein besseres Angebot. Einen Dissens zu den Forderungen des Antrags habe sie in Bezug auf das Bündeln von Fahrten. Sie lehne das Teilen nicht grundsätzlich ab, sondern wolle dies als öffentlichen Linienbedarfsverkehr gestalten. Sie bezweifle, dass sich mit dem Bündeln von Fahrten auf dem Land Geld verdienen lasse, sodass private Angebote selten sein dürften. Zu der Frage, wie Kommunen oder Kreise die Realisierung in Angriff nehmen könnten, gebe es schon viele Anknüpfungspunkte wie Anrufsammeltaxis, Bürgerbusse oder Taxis, bei denen der Fahrpreis bezuschusst werden könnte.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie habe sich in Umfragen und Regionalkonferenzen mit der Situation im ländlichen Raum und insbesondere den Defiziten in der Mobilität befasst. Die Ergebnisse seien in diesen Antrag eingeflossen und man habe einen Katalog von Maßnahmen vorgeschlagen, um die Mobilität im ländlichen Raum zu verbessern. Als Stichworte nenne sie Mobilitätsgarantie, Radverkehr, Sharing, Mobilpass etc., um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen. Soweit die CDU/CSU-Fraktion auf

die bereits begonnenen Maßnahmen verweise, verweise sie auf deren Wahlprogramm, das auch ein Problem an dieser Stelle konstatiere und die Absicht beinhalte, eine Mobilitätsgarantie auf dem Land einzuführen. Mit Blick auf die Fraktion DIE LINKE. werbe sie dafür, sich auch privat organisierten Bündelverkehren nicht zu versperren, da DIE LINKE. auch sonst mit dem Taxigewerbe kein Problem habe.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27875.

Berlin, den 23. Juni 2021

Torsten Schweiger
Berichterstatler

